A5 Psychische Erkrankungen ernst nehmen, für die gerechte Bezahlung von psychotherapeutischen Leistungen!

Antragsteller*in: Louis Glaser
Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

Am 11. März hat der Erweiterte Bewertungsausschuss eine Absenkung der Vergütung ambulanter psychotherapeutischer Leistungen beschlossen. Durch diesen Beschluss erhalten Psychotherapeut*innen seit 01. April 4,5% weniger für eine Therapiestunde mit gesetzlich versichertem Patient*innen.

Mit dieser Honorarkürzung wird neben der Kapazität zwangsläufig auch die Qualität von Psychotherapie leiden. Schon heute ist die Versorgungssituation für viele psychisch erkrankte Menschen angespannt, so liegt die durchschnittliche Wartezeit auf einen ambulanten Psychotherapieplatz bundesweit bei **4-6 Monaten**, was zu sich verschlechternden persönlichen Situationen und massiven Ausfällen in den individuellen Lebenswegen führt [1]. Die Vergütung ambulanter Psychotherapie abzusenken, ist nicht nachvollziehbar und gesundheitspolitisch ein klarer Rückschritt. Wenn sich die Behandlung von gesetzlich versicherten Patient*innen weniger lohnt, sind Therapeut*innen zwangsläufig darauf angewiesen mehr Privatpatient*innen zu behandeln, wodurch die Plätze für gesetzlich Versicherte noch knapper werden. Die Belastung durch die Honorarkürzung ist also ungleich verteilt.

Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen **schnelle, verlässliche und qualifizierte Hilfe**. Ambulante Psychotherapie leistet genau das. Sie entlastet das Gesundheitssystem, schafft durch frühere Hilfe **bessere Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche,** verhindert schwere Verläufe und stärkt langfristig gesellschaftliche Teilhabe von Betroffenen. Verspätete oder nicht geleistete Psychotherapie kostet später durch stationäre Aufenthalte und Arbeitsausfälle mehr. **Eine Gesundheitspolitik, die psychische Erkrankung ernst nimmt, darf diese Versorgung nicht schwächen!**

Deshalb fordern wir:

- Eine politische Strategie zur nachhaltigen Stärkung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung

- eine Vergütungsstruktur, die der gesellschaftlichen Bedeutung psychischer Gesundheit gerecht wird

- Angemessene Vergütung psychotherapeutischer Leistungen gesetzlich angemessen regeln!

- Eine Versorgung Psychotherapeuthischer Plätze, die sich am tatsächlichen Bedarf und nicht an der reinen Einwohnendenzahl orientiert.

[1]https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Fehlende-Psycho-Therapieplaetze-Lange-Wartezeiten-belasten-Betroffene,psychotherapeuten104.html

Einfache Sprache

Am 11. März hat der Erweiterte Bewertungsausschuss beschlossen: Psychotherapeut*innen bekommen für ihre ambulante Arbeit weniger Geld. Seit dem 1. April bekommen sie für eine Therapiestunde mit gesetzlich versicherten Patient*innen 4,5 Prozent weniger Geld.

Diese Kürzung hat Folgen. Es gibt dann wahrscheinlich weniger Therapieplätze. Auch die Qualität der Behandlung kann darunter leiden.

Schon heute ist die Situation schwierig. Viele Menschen mit psychischen Erkrankungen warten lange auf einen Therapieplatz. Im Durchschnitt warten sie in Deutschland 4 bis 6 Monate auf eine ambulante Psychotherapie. In dieser Zeit können sich ihre Probleme verschlimmern. Das kann das Leben der Betroffenen stark belasten.

Darum ist es nicht verständlich, dass die Bezahlung für ambulante Psychotherapie gekürzt wird. Diese Entscheidung ist ein Rückschritt in der Gesundheitspolitik.

Wenn Psychotherapeut*innen für die Behandlung von gesetzlich versicherten Patient*innen weniger Geld bekommen, behandeln sie vielleicht mehr Privatpatient*innen. Dann gibt es für gesetzlich Versicherte noch weniger freie Therapieplätze. Die Folgen der Kürzung sind also nicht für alle gleich. Vor allem gesetzlich versicherte Menschen sind betroffen.

Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen schnelle, verlässliche und gute Hilfe. Ambulante Psychotherapie kann genau das leisten. Sie entlastet auch das Gesundheitssystem. Kinder und Jugendliche bekommen durch frühe Hilfe bessere Chancen für ihre Zukunft. Schwere Krankheitsverläufe können verhindert werden. Außerdem können Betroffene besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Wenn Psychotherapie zu spät beginnt oder gar nicht stattfindet, entstehen später oft höhere Kosten. Zum Beispiel durch Krankenhausaufenthalte oder Arbeitsausfälle. Eine Gesundheitspolitik, die psychische Erkrankungen ernst nimmt, darf diese Versorgung nicht schwächen.

Deshalb fordern wir:

- Die Politik muss dafür sorgen, dass die ambulante psychotherapeutische Versorgung dauerhaft besser wird.
- Psychische Gesundheit muss ernster genommen werden. Darum müssen Psychotherapeut*innen fair bezahlt werden.
- Die Bezahlung für psychotherapeutische Leistungen muss gesetzlich klar und angemessen geregelt werden.

Unterstützer*innen

Daniel Stefan Christmann, Leon Klotzbach, Antonia Kind, Emma Preißinger, Flora Wagner